



Anfrage

Mehrkosten der von der Landesregierung beschlossenen Schülerbeförderung

Sehr geehrter Herr Landrat,

in einem Brandbrief hat sich der Landauer Oberbürgermeister, Hans-Dieter Schlimmer (SPD), wegen der Schülerbeförderung an den rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten, Kurt Beck, gewandt. Dabei verweist er auf die dadurch entstehenden zusätzlichen Mehrkosten in Höhe von ca. 500.000 € pro Jahr. Diese erheblichen zusätzlichen Kosten sind durch das bestehende Konnexitätsprinzip in Rheinland-Pfalz nicht gedeckt, d. h., das Konnexitätsprinzip „wer bestellt, bezahlt“ wird hierdurch völlig ignoriert. Eine solche kommunalfeindliche Regelung ist verantwortungslos und offenbart das finanzielle Desaster der rot-grünen Landesregierung.

Die Bundesregierung hat hingegen mit der Kostenübernahme bei der Grundsicherung eine klare Entlastung der Kommunen vorgesehen. Das dies von der rot-grünen Landesregierung in Rheinland-Pfalz nun nicht in vollem Umfang an die Kommunen weiter gegeben werden soll, ist ein Skandal.

Wir stellen daher folgende Anfrage:

1. Entstehen für den Rhein-Pfalz-Kreis durch die Neuregelung der Schülerbeförderung zusätzliche Kosten?
2. Wenn, ja, wie hoch werden die jährlichen Kosten für den Rhein-Pfalz-Kreis sein?
3. Welche Schulstandorte und Schulen sind dabei betroffen?
4. Wurden die kommunalen Vertretungsorgane, wie z. B. der Städtebund und der Gemeinde- und Städtebund, angehört und welche Stellungnahmen wurden hierzu abgegeben?
5. In welcher Höhe würde sich die finanzielle Belastung für den Rhein-Pfalz-Kreis belaufen, wenn das gesetzlich verankerte Konnexitätsprinzip umgesetzt werden würde?

Mit freundlichem Gruß